

Auf dünnem Eis

Die bbz-GmbH Bad Dürkheim gerettet?

Von Hans-Jürgen Volk

Als sich im Herbst 2011 die Probleme der bbz-GmbH nicht mehr kaschieren ließen, stützte die Ev. Kirche im Rheinland das Unternehmen mit 20 Mio. €. Damit sollte der Weiterbetrieb ermöglicht werden. In seinem Bericht an die Landessynode 2012 hatte Vizepräsident Christian Dräger angekündigt, dass bis zur Jahresmitte entschieden werden solle, ob das Unternehmen mit der Ev. Kirche im Rheinland als alleiniger Gesellschafterin fortgeführt werden könne. Diese Entscheidung ist nun gefallen. In einer Pressemitteilung der Ev. Kirche im Rheinland vom 25.05. 2012 heißt es (<http://www.ekir.de/www/service/bbz-15459.php>): „Der Betrieb der bbz GmbH Beihilfe- und Bezüge-Zentrum in Bad Dürkheim wird fortgeführt. Das hat die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland ... beschlossen.“ Insgesamt hat die Ev. Kirche im Rheinland nun 21,6 Mio. € in die Sanierung des Unternehmens gesteckt. Vizepräsident Dräger wird in der Pressemitteilung wie folgt zitiert: „Mit der Fortführungsentscheidung ist die Einzahlung von 500.000 Euro in die Kapitalrücklage der Gesellschaft verbunden“ „Durch diesen finanziellen Einsatz wie auch durch den erfolgreichen Sanierungskurs des von uns im Oktober berufenen Geschäftsführers Harald Ohlmeier hat die bbz GmbH wieder Boden unter den Füßen. Das ist uns auch mit Blick auf die mehr als 60 Beschäftigten wichtig. Darauf können wir aufbauen.“

Wie belastbar ist nun der „Boden“ auf dem die bbz-GmbH Anfang Juni 2012 geründet ist? Bei näherem Hinsehen kann er sich leicht als dünnes Eis erweisen, der einen Einbruch des Unternehmens früher oder später keineswegs ausschließt. Gewiss, 60 Beschäftigte können aufatmen - vorerst. Der Preis dafür sind 21,6 Mio. €. 30 - 40 Kirchmusiker, Jugendreferentinnen oder Gemeindepädagogen ließen sich mit diesem Betrag je nach Qualifikation und Dienstalter etwa 10 Jahre lang finanzieren. Dies macht deutlich, wie bitter dieser Verlust an Finanzkraft für den kirchlichen Kernbereich ist, in dem sich ebenfalls Menschen um ihre Arbeitsplätze sorgen. Im Jahr 1999 wurde ein letztlich riskanter und in vielerlei Hinsicht problematischer Weg eingeschlagen, dessen Folgewirkungen unserer Kirche nicht gut bekommen sind.

Outsourcing und riskante Finanzgeschäfte

Damals wurde das rheinische Rechenzentrum für Kirche und Diakonie (RKD) an Debis-Systemhaus verkauft. Debis war ein Tochterunternehmen des Daimler-Chrysler Konzerns und wurde später an die Deutsche Telekom veräußert und in T-Systems eingegliedert. (TRANSPARENT berichtete mehrfach über diese Vorgänge - vgl.:

http://www.transparentonline.de/Nr56/56_12.htm oder

http://www.transparentonline.de/Nr57/57_12.htm. Aufschlussreich ist auch ein Pressebericht

von Debis: http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?aktion=jour_pm&r=13082.) Man kann nur hoffen, dass die etwa 150 RKD-Beschäftigten wenigstens zum Teil eine gedeihliche berufliche Zukunft bei der Telekom gefunden haben.

Das bbz Bad Dürkheim war ursprünglich eine RKD-Zweigstelle, an der Debis allerdings kein Interesse hatte. Im Rahmen des Verkaufs des RKD wurde es in der Rechtsform einer GmbH von der rheinischen Kirche zum Preis von 200.000 DM erworben. Vizepräsident Christian Dräger geht in seinem Bericht an die Landessynode 2012 auf S. 2f auf die Umstände dieser Transaktionen ein (<http://www.evks-data.de/pnsys/upload/news/4244-pdf1.pdf>). Mit bemerkenswerter Offenheit beschreibt er das Geschäftsmodell: „Das Geschäftsmodell sieht vor, dass das von Kunden gezahlte Geld bis zur Auszahlung zur Erzielung von Erträgen eingesetzt werden kann. Sinn war, dass die Erträge von der Geschäftsführung bei der Preisgestaltung genutzt wurden.“

Problematisch sind die Entscheidungen der Kirchenleitung der rheinischen Kirche von 1999, die diese damals unter maßgeblichem Einfluss von Christian Dräger traf, in zweierlei Hinsicht:

1. Es handelt sich schlicht um **Outsourcing** von Arbeitsfeldern, die vordem im Rahmen des RKD weitgehend abgedeckt wurden. Auslagerung dieser Art gehen zu Lasten der Beschäftigten, da man sich von den neuen privatrechtlichen Konditionen geringere Personalkosten und einer größere Flexibilität erhofft. Zudem steht oft das Vorurteil Pate, reine Wirtschaftsunternehmen seien Einrichtungen des öffentlichen Sektors, zu denen die Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechts gehört, überlegen. Diese „Überlegenheit“ hat allerdings ihren Preis. Staatliche Einrichtungen sollten ebenso wie die Kirche gemeinwohlorientiert agieren. Ein Unternehmen kann derartige „externe Faktoren“ ignorieren, es sei denn, der Unternehmenserfolg wäre tangiert. Die Orientierung am Gewinn hat jedenfalls Priorität.
2. Das von Dräger treffend beschriebene Geschäftsmodell ist nur in einem privaten Unternehmen denkbar. Es geht um **kurzfristige Investments** aus der laufenden Liquidität, deren Erträge Preise deutlich unter den marktüblichen Konditionen ermöglichen und insgesamt den Unternehmenserfolg gewährleisten sollten. Ein Unternehmen, das so agiert, ist in wesentlich größerem Ausmaß in seinem Erfolg abhängig vom durchschnittlichen Zinsniveau, als beispielsweise von der Qualität seiner Dienstleistungen. Bereits 1999 schwankte die Umlaufrendite zwischen 3,5 und 5%. Im Krisenjahr 2008 lag sie im Jahresdurchschnitt bereits deutlich unter 3%, 2010 unter 2% und 2012 bisher bei 1,5%. Je niedriger das allgemeine Zinsniveau ist, desto riskanter müssen die Versuche werden, mit kurzfristigen Anlagen halbwegs befriedigende Erträge zu erzielen und damit den Fortbestand des Unternehmens zu sichern. Diese Versuche sind signifikant gescheitert. Abgesehen von der Frage, ob ein Kleinunternehmen wie die bbz mit ihren 60 Beschäftigten überhaupt die Kompetenz besitzen kann, derartige Anlagen souverän zu managen und ob dieses Unternehmen sich nicht externen Akteuren früher oder später ausliefern muss, bleibt festzustellen: Weniger Maßlosigkeit, Gier oder Missmanagement, sondern vielmehr das Geschäftsmodell selbst ist die eigentliche Ursache für die Situation, in der sich das Unternehmen 2011 befand. Ein kircheneigenes Unternehmen, das sich derart von Finanzmarktentwicklungen abhängig macht und seinen Erfolg auf kurzfristige Investments stützt, ist ein Skandalon.

Die Ev. Kirche im Rheinland hat 1999 also nicht nur eine sozioethisch problematische Exkursion in die Privatwirtschaft zu Lasten der Beschäftigten unternommen. Sie hat seit nahezu 12 Jahren ein Geschäftsmodell goutiert, das auch bei einem Unternehmen ohne jede Beziehung zur Kirche kritikwürdig wäre. Es ist zu begrüßen, dass unter der neuen Geschäftsführung dieser Weg verlassen wurde und man nun versucht, den Unternehmenserfolg durch eine Anpassung der Preise und durch die Qualität der Produkte zu sichern. Offen bleibt die Frage, ob die Kunden die höheren Preise dauerhaft hinnehmen. Davon hängt vieles ab. Als nachhaltig saniert kann man das Unternehmen wohl noch nicht ansehen.